

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates
vom Dienstag, den 25. September 2007

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer: König/Deierling

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt und stellv. Bürgermeister Ried, die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Dr. Luther, Platzer, Rauscher, Schurer und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Abinger, August, Berberich, Brilmayer, Gietl, Krug, Lachner, Nagler, Riedl, Schechner Andreas, Schechner Martin jun., Schechner Martin sen. und Schuder.

Entschuldigt fehlten die Stadträte Heilbrunner und Mühlfenzl.

Herr König und Herr Deierling sowie Herr Steinert vom Planungsverband nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest.

Es lagen keine Bürgeranfragen vor.

TOP 1

Feststellung der Jahresrechnung 2006

öffentlich

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Stadtrats hat in der Zeit vom 18.-20. Juni 2007 die Jahresrechnung 2006 geprüft. Die Prüfung hat insgesamt zu keinen Feststellungen geführt, durch die eine Änderung der Jahresrechnung erforderlich geworden wäre.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss des Stadtrats hat sich in seiner Sitzung vom 11.09.2007 im Detail mit den Bemerkungen des Rechnungsprüfungsausschusses befasst und dem Stadtrat einstimmig die Feststellung der Jahresrechnung empfohlen. Im Einzelnen wird auf die entsprechende Niederschrift verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mit 23:0 Stimmen, die Jahresrechnung 2006 in den Einnahmen und Ausgaben im

Verwaltungshaushalt auf 17.909.448,82 €

und im Vermögenshaushalt auf 7.637.467,56 €

nach Art. 102, Abs. 3 GO festzustellen und damit die Verwaltung zu entlasten.

TOP 2

Kommunalwahlen 2008; Bestellung eines Gemeindevahlleiters und seines Stellvertreters

öffentlich

Der Stadtrat wurde davon unterrichtet, dass auf Grund einer Änderung des Kommunalwahlrechts künftig der erste Bürgermeister auch dann, wenn er selbst nicht zur Wahl steht, nicht mehr Kraft Gesetzes Gemeindevahlleiter ist, sondern hierüber eine Entscheidung des Stadtrats erforderlich ist.

Der Stadtrat beschloss deshalb mit 23:0 Stimmen auf Vorschlag der Verwaltung, für die Kommunalwahlen 2008 den 1. Bürgermeister Walter Brilmayer zum Gemeindevorsteher und den städt. Verwaltungsbeamten Wolfgang König zum stellvertretenden Gemeindevorsteher zu berufen.

TOP 3

2. Novellierung des FNP;

Behandlung der Anregungen aus der Bürgerwerkstatt und dem Jugendforum

öffentlich

Bgm. Brilmayer erinnerte an die intensive Beratung der am 19.12.2006 beschlossenen Überarbeitung des Flächennutzungsplanes 1998 durch die Klausurtagung des Stadtrates am 10.2.2007 zur Vorbereitung der Bürgerwerkstatt am 10.3.2007 und die Beteiligung der Jugendlichen und Kinder durch jeweils eigene Veranstaltungen.

Dieser Beteiligungsprozess zu Beginn der Flächennutzungsplanung hat sehr umfangreiche Erkenntnisse und Ergebnisse zu den verschiedenen Themenbereichen erbracht. Im Rahmen der Klausur des Stadtrats am 20. Juli 2007 wurden diese Ergebnisse strukturiert vorgestellt und diskutiert. Die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte haben dabei Grundsatzbeschlüsse erarbeitet, die der Planungsverband Äußere Wirtschaftsraum München nachstehend formuliert hat:

Vorgeschlagene Grundsatzbeschlüsse

I. Siedlung und Wohnen

1) Aspekt: *Flächenumfang*

Der Umfang an ausgewiesenen Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan soll an die Zielvorstellungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung (1/2 % bis 1 % Bevölkerungszuwachs pro Jahr) angepasst sein.

Die bisherige Flächennutzungsplanung weist noch Entwicklungspotential (ausgewiesene und noch unbebaute Flächen) auf, das für die beabsichtigte künftige Entwicklung Ebersberg vorrangig genutzt werden soll.

Im Rahmen der Neuaufstellung können darüber hinaus Arrondierungen vorgenommen werden.

Die Stadt Ebersberg will bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes keine großen Bauflächen neu ausweisen.

Der Ortsplaner soll dem Stadtrat

- a) das Potential aufzeigen, das die bisherige Flächennutzungsplanung noch aufweist und*
- b) Vorschläge erarbeiten, wo Arrondierungen aus ortsplanerischer Sicht empfehlenswert sind*

2) Aspekt: Nachverdichtung und innerörtliche Grünflächen

Die Stadt Ebersberg will geeignete Flächen im Stadtbereich nachverdichten und somit das Wohnen im Zentrum stärken und gleichzeitig wichtige innerörtliche Grünflächen sichern und erhalten.

Der Ortsplaner soll für das Stadtgebiet das potentielle Nachverdichtungspotential erheben und untersuchen wie sich dieses Nachverdichtungspotential auswirken kann.

Der Landschaftsplaner soll das Grünkonzept der bisherigen Flächennutzungsplanung überprüfen

- a) hinsichtlich der Aktualität und*
- b) hinsichtlich der Wichtigkeit (3 Prioritätsstufen).*

II. Siedlung und Infrastruktur (Öffentliche Einrichtungen)

Die Stadt Ebersberg will die künftige Siedlungsentwicklung auf die Infrastrukturentwicklung abstimmen.

Bei den Überlegungen im Rahmen der Flächennutzungsplanung und vor allem auch bei den Entscheidungen, Bebauungspläne aufzustellen sollen frühzeitig die möglichen Folgen und Erfordernisse im Bereich der Infrastruktur bedacht werden.

Die gleichzeitige Betrachtung der Siedlungsentwicklung und der Infrastrukturentwicklung ist dem Stadtrat wichtig, weil sie die frühzeitige Überprüfung der relevanten Folgen auf die Infrastruktur und eine entsprechende Finanzplanung ermöglicht.

Wenn in Abhängigkeit von den Zielvorstellungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung für die künftigen Kapazitäten der verschiedenen Infrastruktureinrichtungen neue Standorte erforderlich werden, sollen diese im Flächennutzungsplan vorgesehen und aufgezeigt werden. Hierfür sollen die Kapazitäten aller Einrichtungen kritisch überprüft werden (Checkliste).

Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf mögliche Reserveflächen für ein neues Schulzentrum gerichtet werden.

Ein neuer, zweiter Standort für ein Altersheim/altengerechtes Wohnen soll aufgezeigt werden.

III. Siedlung - Dörfer

Die Siedlungsentwicklung in den Dörfern und Weilern (ohne Langwied) soll vorrangig nur dem Eigenbedarf dienen, die ländlichen Strukturen sollen möglichst erhalten werden.

Der Ortsplaner soll prüfen, ob es im Gebiet der Stadt Ebersberg Weiler gibt, die sich aufgrund ihrer bisherigen Entwicklung oder ihres Potentials ortsplanerisch sinnvoll für eine weitergehende Entwicklung eignen (z.B. Hörmannsdorf, Rindling).

IV. Natur und Umwelt

Die Liste der Themen, die von den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Bürgerwerkstatt erarbeitet wurden, soll fachplanerisch geprüft und entsprechend der gesamtplanerischen Beurteilung aufeinander abgestimmt werden.

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans soll ein Konzept zu geeigneten Standorten für alternative Energien erarbeitet werden.

V. Erholung

1) Aspekt: Fuß- und Radwegekonzept

In die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes soll ein Fuß- und Radwegekonzept für das gesamte Stadtgebiet eingearbeitet werden.

Der Landschaftsplaner wird mit der Erarbeitung des Fuß- und Radwegekonzepts in der Landschaft beauftragt, der Verkehrsplaner mit der Erarbeitung des Fuß- und Radwegekonzepts im Ortsbereich. Im Rahmen der Flächennutzungsplanung müssen diese Fachplanungen aufeinander abgestimmt werden.

2) Aspekt: Maßnahmen des Landschaftsplans

Der bisherige Katalog der Maßnahmen des Landschaftsplanes soll aktualisiert, ergänzt und dann schrittweise umgesetzt werden.

3) Aspekt: Sport und Freizeit

Die Überlegungen zu einer gemeinsamen Sport- und Freizeitanlage mit Grafing werden aufgrund zwischenzeitlich geführter Gespräche mit Grafing nicht weiter verfolgt.

Die Fachplaner sollen gemäß des Beschlusses des Sozialausschusses vom 22. Mai 2007 mögliche Standorte für ein neues Sportgelände mit 3 Fußballplätzen, Beachvolleyballplatz und Plätzen für die Bogenschützen aufzeigen.

4) Aspekt: Kleingartenanlage

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes soll die Thematik Schrebergärten/Kleingartenanlage geprüft werden.

VI. Einkaufen

Die Stadt Ebersberg will auch künftig die Einkaufsmöglichkeiten im Stadtgebiet grundsätzlich auf die städtebaulich integrierten Lagen konzentrieren und nicht Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ schaffen.

Der Ortsplaner soll im Rahmen der Flächennutzungsplanung hierfür im Bereich der Ortsmitte Flächen untersuchen und aufzeigen, die sich für die Neuansiedlung neuer, großflächiger Formate („Einkaufsmagnet“) eignen.

Entsprechend dieser Untersuchungsergebnisse kann dann im Rahmen einer Flächennutzungsplan-Ausweisung evtl. eine Erweiterung der Mischgebietsausweisung erfolgen.

VII. Kinder und Jugendliche

Die umfangreichen Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge, die im Rahmen der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erarbeitet wurden, werden im Sozialausschuss beraten.

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes soll für den städtischen Lagerplatz ein neuer, geeigneter Standort gefunden werden. Der Bereich der jetzigen Lagernutzung soll dann den Jugendlichen als Treffpunkt mit entsprechender Möblierung zur Verfügung gestellt werden.

Die vorstehenden Beschlussvorschläge wurden den Stadtratsfraktionen vor der Sitzung zugeleitet. Sie wurden in der Sitzung nochmals verlesen.

Bürgermeister Brilmayer stellte fest, dass mit Ausnahme von der SPD-Fraktion keine Anregungen hierzu eingegangen sind.

Die SPD-Fraktion teilte folgendes mit:

„U.E. sollte die Aussage zum künftigen Wachstum (im Entwurf 0,5 – 1,0%) auch angesichts der kürzlich veröffentlichten Prognosen zum Wachstum gerade auch in unserem Landkreis noch einmal überdacht werden. Wir halten die Aussage aus dem derzeitigen Flächennutzungsplan mit einem Bevölkerungswachstum von 1 – 1,5% für realistischer.

Weiterhin regen wir an, dass zunächst geprüft werden sollte, welches Wachstum mit dem vorhandenen Entwicklungspotential (ausgewiesene und unbebaute Flächen) möglich ist und dann die Quote festgelegt werden.“

Bei der anschließenden Beratung der vorgeschlagenen Grundsatzbeschlüsse begrüßten alle Fraktionen die gute Vorarbeit und Begleitung durch den Planungsverband.

Der Vorschlag der SPD-Fraktion wurde intensiv diskutiert, wobei die übrigen Fraktionen die im Entwurf des Grundsatzbeschlusses entwickelte Bevölkerungsentwicklung mit 0,5 - 1,0% als angemessen ansahen. StRin Rauscher empfahl unabhängig von der %Zahl das Wort „durchschnittlich“ aufzunehmen.

StR Andreas Schechner empfahl, das Wort „grundsätzlich“ im 1. Satz des Absatzes „VI. Einkaufen“ ersatzlos zu streichen.

Mit 5:18 Stimmen lehnte der Stadtrat den Vorschlag der SPD ab, eine Bevölkerungsentwicklung von 1 – 1,5% in den FNP aufzunehmen.

Mit 23:0 Stimmen beschloss der Stadtrat, den Vorschlag von StRin Rauscher anzunehmen und das Wort „durchschnittlich“ vor der %-Zahl aufzunehmen.

Der Stadtrat war sich einig, den weiteren Vorschlag der SPD, das vorhandene Entwicklungspotential zu prüfen, als erledigt zu betrachten, da dies bereits im Vorschlag des Planungsverbandes enthalten ist.

Weiter beschloss der Stadtrat einstimmig mit 23:0 Stimmen was folgt:

a) Im Absatz „II. Siedlung und Infrastruktur (Öffentliche Einrichtungen)“ ist im letzten Satz das Wort „zweiter“ durch das Wort „weiterer“ zu ersetzen.

b) Im Absatz „VI. Einkaufen“ ist im 1. Satz das Wort „grundsätzlich“ ersatzlos zu streichen.

Somit sind für die 2. Novellierung folgende Grundsätze beschlossen:

I. Siedlung und Wohnen

1) Aspekt: Flächenumfang

Der Umfang an ausgewiesenen Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan soll an die Zielvorstellungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung (durchschnittlich 1/2 % bis 1 % Bevölkerungszuwachs pro Jahr) angepasst sein.

Die bisherige Flächennutzungsplanung weist noch Entwicklungspotential (ausgewiesene und noch unbebaute Flächen) auf, das für die beabsichtigte künftige Entwicklung Ebersberg vorrangig genutzt werden soll.

Im Rahmen der Neuaufstellung können darüber hinaus Arrondierungen vorgenommen werden.

Die Stadt Ebersberg will bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes keine großen Bauflächen neu ausweisen.

Der Ortsplaner soll dem Stadtrat

- a) das Potential aufzeigen, das die bisherige Flächennutzungsplanung noch aufweist und*
- b) Vorschläge erarbeiten, wo Arrondierungen aus ortsplanerischer Sicht empfehlenswert sind*

2) Aspekt: Nachverdichtung und innerörtliche Grünflächen

Die Stadt Ebersberg will geeignete Flächen im Stadtbereich nachverdichten und somit das Wohnen im Zentrum stärken und gleichzeitig wichtige innerörtliche Grünflächen sichern und erhalten.

Der Ortsplaner soll für das Stadtgebiet das potentielle Nachverdichtungspotential erheben und untersuchen wie sich dieses Nachverdichtungspotential auswirken kann.

Der Landschaftsplaner soll das Grünkonzept der bisherigen Flächennutzungsplanung überprüfen

- a) hinsichtlich der Aktualität und*
- b) hinsichtlich der Wichtigkeit (3 Prioritätsstufen).*

II. Siedlung und Infrastruktur (Öffentliche Einrichtungen)

Die Stadt Ebersberg will die künftige Siedlungsentwicklung auf die Infrastrukturentwicklung abstimmen.

Bei den Überlegungen im Rahmen der Flächennutzungsplanung und vor allem auch bei den Entscheidungen, Bebauungspläne aufzustellen sollen frühzeitig die möglichen Folgen und Erfordernisse im Bereich der Infrastruktur bedacht werden.

Die gleichzeitige Betrachtung der Siedlungsentwicklung und der Infrastrukturentwicklung ist dem Stadtrat wichtig, weil sie die frühzeitige Überprüfung der relevanten Folgen auf die Infrastruktur und eine entsprechende Finanzplanung ermöglicht.

Wenn in Abhängigkeit von den Zielvorstellungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung für die künftigen Kapazitäten der verschiedenen Infrastruktureinrichtungen neue Standorte erforderlich werden, sollen diese im Flächennutzungsplan vorgesehen und aufgezeigt werden. Hierfür sollen die Kapazitäten aller Einrichtungen kritisch überprüft werden (Checkliste).

Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf mögliche Reserveflächen für ein neues Schulzentrum gerichtet werden.

Ein neuer, weiterer Standort für ein Altersheim/altengerechtes Wohnen soll aufgezeigt werden.

III. Siedlung - Dörfer

Die Siedlungsentwicklung in den Dörfern und Weilern (ohne Langwied) soll vorrangig nur dem Eigenbedarf dienen, die ländlichen Strukturen sollen möglichst erhalten werden.

Der Ortsplaner soll prüfen, ob es im Gebiet der Stadt Ebersberg Weiler gibt, die sich aufgrund ihrer bisherigen Entwicklung oder ihres Potentials ortsplanerisch sinnvoll für eine weitergehende Entwicklung eignen (z.B. Hörmannsdorf, Rinding).

IV. Natur und Umwelt

Die Liste der Themen, die von den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Bürgerwerkstatt erarbeitet wurden, soll fachplanerisch geprüft und entsprechend der gesamtplanerischen Beurteilung aufeinander abgestimmt werden.

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans soll ein Konzept zu geeigneten Standorten für alternative Energien erarbeitet werden.

V. Erholung

1) Aspekt: Fuß- und Radwegekonzept

In die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes soll ein Fuß- und Radwegekonzept für das gesamte Stadtgebiet eingearbeitet werden.

Der Landschaftsplaner wird mit der Erarbeitung des Fuß- und Radwegekonzepts in der Landschaft beauftragt, der Verkehrsplaner mit der Erarbeitung des Fuß- und Radwegekonzepts im Ortsbereich. Im Rahmen der Flächennutzungsplanung müssen diese Fachplanungen aufeinander abgestimmt werden.

2) Aspekt: Maßnahmen des Landschaftsplans

Der bisherige Katalog der Maßnahmen des Landschaftsplanes soll aktualisiert, ergänzt und dann schrittweise umgesetzt werden.

3) Aspekt: Sport und Freizeit

Die Überlegungen zu einer gemeinsamen Sport- und Freizeitanlage mit Grafing werden aufgrund zwischenzeitlich geführter Gespräche mit Grafing nicht weiter verfolgt.

Die Fachplaner sollen gemäß des Beschlusses des Sozialausschusses vom 22. Mai 2007 mögliche Standorte für ein neues Sportgelände mit 3 Fußballplätzen, Beachvolleyballplatz und Plätzen für die Bogenschützen aufzeigen.

4) Aspekt: Kleingartenanlage

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes soll die Thematik Schrebergärten/Kleingartenanlage geprüft werden.

VI. Einkaufen

Die Stadt Ebersberg will auch künftig die Einkaufsmöglichkeiten im Stadtgebiet auf die städtebaulich integrierten Lagen konzentrieren und nicht Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ schaffen.

Der Ortsplaner soll im Rahmen der Flächennutzungsplanung hierfür im Bereich der Ortsmitte Flächen untersuchen und aufzeigen, die sich für die Neuansiedlung neuer, großflächiger Formate („Einkaufsmagnet“) eignen.

Entsprechend dieser Untersuchungsergebnisse kann dann im Rahmen einer Flächennutzungsplan - Ausweisung evtl. eine Erweiterung der Mischgebietsausweisung erfolgen.

VII. Kinder und Jugendliche

Die umfangreichen Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge, die im Rahmen der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erarbeitet wurden, werden im Sozialausschuss beraten.

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes soll für den städtischen Lagerplatz ein neuer, geeigneter Standort gefunden werden. Der Bereich der jetzigen Lagernutzung soll dann den Jugendlichen als Treffpunkt mit entsprechender Möblierung zur Verfügung gestellt werden.

TOP 4

Verschiedenes

öffentlich

Bgm. Brilmayer informierte den Stadtrat, dass der Klostersee bisher nicht als öffentliches Bad betrieben wurde, sondern wie jeder andere Natursee auf eigene Gefahr von Besuchern genutzt wurde. Unabhängig hiervon wurden seit April mikrobiologische Wasseruntersuchungen durchgeführt, um den Erfolg der Entschlammungsmaßnahme zu prüfen. Hierbei wurden bakteriologisch die Grenzwerte nie und die Leitwerte nur vereinzelt überschritten. Ferner hat sich gezeigt, dass im Klostersee selbst microcystinhaltige Algen bei keiner

Messung einen gesundheitsgefährdenden Wert auch nur annähernd erreicht haben, während in den vor dem Klostersee liegenden Weihern z. T. eine vielfache Überschreitung dieses Wertes vorliegt. Es zeigt sich also, dass die von der Stadt ergriffenen Maßnahmen – insbesondere die Entschlammung und die Vereinbarungen mit den Landwirten über Gülleaustrag in der Umgebung des Klostersees Wirkung zeigen. Das Bad soll deshalb in der kommenden Saison wieder eröffnet werden.

TOP 5

Wünsche, Anfragen

öffentlich

Frau StRin Warg-Portenlänger wies auf die Auftaktveranstaltung „Bunt statt Braun“ des Bündnis gegen Rechts am 15.10.2007 um 20:00 Uhr auf der Ebersberger Alm hin.

Auf ihre Anfrage teilte Bgm. Brilmayer ferner mit, dass die Stadt das am 15.11.2007 fällige Büchergeld angesichts der Unsicherheit aus der momentanen politischen Diskussion vor den Herbstferien nicht einheben wird.

StR Abinger bat um Auskunft, ob die Stadträte eine Einladung der Böllerschützen zur Fahnenweihe erhalten haben. Von der Verwaltung wurde hierzu mitgeteilt, dass eine solche Einladung, wenn sie vorgelegt wurde, an die Stadträte verteilt worden wäre. Bei einzelnen Stadträten war dies auch so bekannt. Es wurde auf folgende Termine hingewiesen:

06.10.2007 ca. 10:00 Uhr: Ankunft verschiedener Gruppen am Marienplatz

07.10.2007 ab 09:30 Uhr: Kirchengzug zur Fahnenweihe.

StR Andreas Schechner bat um Auskunft über seine Anfrage zum Plakat der Gaststätte Huber an der Gärtnerestraße. Er wurde hierzu gebeten sich mit dem Rathaus, Frau Pfleger in Verbindung zu setzen.

Auf Anfrage von StR Berberich teilte Bgm. Brilmayer mit, dass die behindertengerechte Absenkung des Gehweges im Bereich des Kinderbekleidungsgeschäftes am Marienplatz bei passender Gelegenheit im Zusammenhang mit anderen Straßenbauarbeiten vorgenommen werde.

Frau StRin Rauscher verwies auf eine Veranstaltung des Montessori-Schulvereins im Klosterbauhof und den entsprechenden Flyer.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:30 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 21:00 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

König
Schriftführer (TOP 1,2,4,5)

Deierling
Schriftführer (TOP 3)